Politikherstellung und Politikdarstellung

Beiträge zur politischen Kommunikation

Bearbeitet von
Ulrich Sarcinelli, Jens Tenscher

1. Auflage 2008. Taschenbuch. 216 S. Paperback
ISBN 978 3 938258 72 9
Format (B x L): 14,2 x 21,3 cm
Gewicht: 277 g

Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Kommunikationswissenschaft > Kommunikation & Medien in der Politik

Zu Inhaltsverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Ulrich Sarcinelli / Jens Tenscher (Hrsg.)

Politikherstellung und Politikdarstellung

Beiträge zur politischen Kommunikation

Herbert von Halem Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

Ulrich Sarcinelli / Jens Tenscher (Hrsg.):
Politikherstellung und Politikdarstellung.
Beiträge zur politischen Kommunikation
Köln : Halem, 2008

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2008 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN 978-3-938258-72-9

http://www.halem-verlag.de

E-Mail: info@halem-verlag.de

SATZ: Herbert von Halem Verlag
DRUCK: FINIDR, s.r.o., Tschechische Republik
GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf
Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.
Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Inhalt

ULRICH SARCINELLI / JENS TENSCHER 7
Politikherstellung und Politikdarstellung.
Eine Einführung

I. POLITISCHE KOMMUNIKATION UND POLITIKHERSTELLUNG

KARL-RUDOLF KORTE 20
Kommunikation und Entscheidungsfindung von Regierungen. Das Beispiel einer Reformkommunikation

STEFAN MARSCHALL 44
Kommunikation und Entscheidungsfindung im Parlament

MATTHIAS ECKER-EHRHARDT 63
Neue Autoritäten?
Die Rolle von NGOs und internationalen Organisationen im parlamentarischen Diskurs

II. BINNEN- UND AUSSENKOMMUNIKATION POLITISCHER AKTEURE

PATRICK DONGES / MARTINA VOGEL 84
Zwischen Zentralisierung und lose verkoppelten Koalitionen. Strukturveränderungen in Parteiorganisationen als Folge der Medialisierung

KATHRIN VOSS 100
Wie politische Öffentlichkeitsarbeit entsteht. Ein Einblick in PR-Abteilungen von Nichtregierungsorganisationen

CHRISTINA ALTIDES 123
Auf der Suche nach einer reformierten Kommunikationspolitik. Europäische Kommission und Europäisches Parlament zwischen institutionellen Strukturbedingungen und Eigenverantwortung

III. POLITIKDARSTELLUNG: AKTEURE, INHALTE, WIRKUNGEN

NATASCHA ZOWISLO-GRÜNEWALD / FRANZ BEITZINGER / JÜRGEN SCHULZ 149
Über die (Nicht-)Kommunizierbarkeit von mehr Eigenverantwortung. Die Deutschen und der ›starke‹ Staat

OLAF JANDURA 166
Geteilte oder gleiche Realitäten? FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Parlament und in der Medienberichterstattung

HANS MATHIAS KEPPLINGER / DOROTHEA MARX 188
Wirkungen und Rückwirkungen der politischen Kommunikation. Reziproke Effekte auf Landtagsabgeordnete

Autorinnen und Autoren 209

ULRICH SARCINELLI / JENS TENSCHER

Politikherstellung und Politikdarstellung. Eine Einführung

1. Politik- und Kommunikationswissenschaftliche Annäherungen

Die prinzipielle Unterscheidung zwischen Reden und Handeln sei nicht statthaft, weil Reden selbst eine Art Handeln ist (vgl. ARENDT 1993: 48). Diese Anmerkung Hannah Arendts zu der Frage, was Politik sei, verweist nicht nur auf das neorepublikanische Vermächtnis der deutsch-amerikanischen Politikphilosophin. Es umschreibt zugleich auch das Leitmotiv und den Kernauftrag der politischen Kommunikationsforschung. Dabei sind ›Herstellen‹ und ›Darstellen‹, Entscheiden und Kommunizieren zwar nicht ein und dieselbe Sache. Im Hinblick auf Politik handelt es sich allerdings um zwei Seiten einer Medaille (vgl. SARCINELLI 2005: 113ff.).

Diesen beiden Seiten der Medaille ›Politik‹ hat die politische Kommunikationsforschung in den vergangenen Jahren unterschiedlich starke Aufmerksamkeit gewidmet, vor allem, wenn es um empirische Forschung geht: Während die nach außen gerichtete, öffentlich wahrnehmbare und i.d.R. massenmedial geformte Sphäre der *Politikdarstellung* zunehmend in den wissenschaftlichen Fokus gerückt ist, wurde die andere Seite – gemeint sind damit vor allem die öffentlichkeitsfernen und durchaus kommunikationsrelevanten Prozesse der *Politikherstellung* in den politischen Arkanbereichen – nur wenig beleuchtet. Dies mag nicht zuletzt der in unterschiedlichen Tempi und mit schwankender Nachhaltigkeit voranschreitenden Etablierung des Forschungsfeldes ›politische Kommunikation‹ in den Politik- und Kommunikationswissenschaften geschuldet sein. So stellen zwar Fragen der politischen Kommunikation längst kein

Randthema der Politikwissenschaft mehr dar, wie dies noch vor gut zwei Jahrzehnten beklagt wurde (vgl. KAASE 1986: 359). Davon unbenommen ist das umfängliche Feld der politischen Kommunikation in den vergangenen Jahren vor allem vonseiten der Kommunikations- und Medienwissenschaften beackert worden. Konsequenterweise dominieren denn auch kommunikationswissenschaftliche, d.h. insbesondere auf öffentliche, zumal massenmedial vermittelte Kommunikation ausgerichtete, Blickrichtungen und Fragestellungen die Beschäftigung mit politischen Kommunikationsproblemen dieser Teildisziplin (vgl. JARREN/DONGES 2006). Originär politikwissenschaftlichen Fragestellungen ist demgegenüber zu wenig Beachtung geschenkt worden. Das betrifft vor allem den eher medienfernen, halböffentlichen oder gar internen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess und es betrifft auch die darin involvierten Akteure, die unter sehr unterschiedlichen institutionellen Kontextbedingungen agieren, kommunizieren und entscheiden.

Zweifelsohne sind Umfang und Qualität der inzwischen vorliegenden ereignis-, akteurs-, inhalts- und wirkungszentrierten Studien zum massenmedialen Erscheinungsbild des Politischen, der Sphäre der Politikdarstellung also, beeindruckend. Diese haben ihren wiederholten Niederschlag in Publikationen gefunden, die in der Folge gemeinsamer Jahrestagungen des Arbeitskreises ›Politik und Kommunikation‹ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und der Fachgruppe ›Kommunikation und Politik‹ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) hervorgegangenen Tagungsbänden entstanden sind. Dabei ist das besondere Interesse für die Darstellungspolitik auch dadurch gefördert worden, dass im Zuge voranschreitender Medialisierung die Massenmedien im demokratischen System inzwischen nicht nur Vermittler von Politik sind, sondern vielfach auch die Rolle des politischen Akteurs übernommen haben (vgl. PFETSCH/ADAM 2008). Massenmedien sind, wenn sie dies je waren, jedenfalls in der Gegenwart keineswegs nur Spiegel der politischen Wirklichkeit. Sie sind, sei es legitimiert oder nicht legitimiert, einflussreiche Mitspieler in einem komplexen politisch-medialen Interaktionssystem geworden.

Schließlich mag der Fokus der politischen Kommunikationsforschung auf Fragen der Politikdarstellung auch demokratietheoretisch durchaus Sinn machen. Denn politische Öffentlichkeit ist seit der Moderne und schon gar in der Gegenwart nur als massenmediale Öffentlichkeit

denkbar. Ganz abgesehen davon, dass Öffentlichkeit in aufklärerischer Tradition als zentrale Bedingung für die Rationalisierung des politischen Prozesses und als Garant für die Rationalität demokratischer Willensbildung, ja für die Richtigkeit von Entscheidungen steht. Dass dabei nicht ›Wahrheit‹, sondern nur ›Mehrheit‹ der angemessene Maßstab sein kann, dürfte trotz gelegentlicher Debatten über die ›Grenzen der Mehrheitsdemokratie‹ (GUGGENBERGER/OFFE 1984; GRIMM 1991: 390) als Essential freiheitlicher Politik im demokratischen Verfassungsstaat gelten (vgl. LOCKE 1998: 260f.).

Die Frage muss allerdings gestellt werden, ob eine nahezu exklusive Ausrichtung der politischen Kommunikationsforschung auf die Außenseite von Politik und auf das mediale Erscheinungsbild dem sozialwissenschaftlichen und politikpraktischen Anliegen gerecht wird, Politik transparent, verständlich und für Verbesserung zugänglich zu machen. Schließlich spricht einiges dafür, dass die starke Fokussierung der politischen Kommunikationsforschung auf massenmedial beobachtbare ›Oberflächenphänomene‹ moderner Politikvermittlung den Blick für die spezifische – durchaus nicht unbedingt mediale – Logik politischen Handelns, Entscheidens und Kommunizierens in halböffentlichen, diskreten und medienfernen Räumen der Politikherstellung getrübt hat. Jedenfalls nimmt sich das Wissen über die politische Kommunikation innerhalb und zwischen politischen Organisationen im Prozess der Herbeiführung, Durchsetzung und Vermittlung politischer Entscheidungen im Vergleich zur Untersuchung der medial transportierten Wirklichkeit immer noch vergleichsweise dürftig aus. Das gilt in gleicher Weise für theoriebildende Studien ebenso wie für die empirische Forschung. Die Frage, welche Rückwirkungen die Politikdarstellung auf den Prozess der Politikherstellung und welche Wirkungen umgekehrt der zunehmend komplexe Prozess organisationsinterner Interessenabklärung und verhandlungsdemokratischer Entscheidungsfindung auf die Politikdarstellung hat, ist noch weitgehend im Dunkeln geblieben. Entsprechend vage ist bisher auch die populäre Vermutung geblieben, dass Binnen- und Außenkommunikation politischer Organisationen in zunehmendem Maße in ein Spannungsverhältnis geraten.

Ungeachtet vereinzelter Studien bedürfen doch die inzwischen viel zitierten starken Wirkungsvermutungen, wie sie etwa in der These vom ›Wandel der Parteien- zur Mediendemokratie‹, der These vom ›Wandel des repräsentativen Systems in ein präsentatives System‹ oder der These

von der zunehmenden Medialisierung und Professionalisierung politischer Kommunikation ihren exemplarischen Ausdruck gefunden haben, noch intensiverer theoretischer und empirischer Überprüfung. Hier könnte die Erweiterung des Forschungsinteresses hin zur Kommunikation im Bereich der Politikherstellung in den unterschiedlichen organisatorischen und institutionellen Kontexten politischer Willensbildung und politisch-administrativer Entscheidung zu einer angemesseneren Einschätzung auch der politischen Kommunikation im Rahmen der Politikdarstellung verhelfen. Denn vielfach werden institutionelle Eigengesetzlichkeiten und Organisationskonservatismus im politischen Feld unterschätzt. Dynamik und Schnelllebigkeit eines Medienmarktes, der mehr und mehr den Regeln einer *Ökonomie der Aufmerksamkeit* (FRANCK 1998) zu folgen scheint, mag diesbezüglich auch in der politischen Kommunikationsforschung zu so mancher Fehleinschätzung beigetragen haben. Insofern gilt es auch in der Beschäftigung mit politischer Kommunikation mehr auf die innerinstitutionellen Eigengesetzlichkeiten und auf die unterschiedlichen Kontexte weithin verhandlungsdemokratisch beeinflusster Funktionsmechanismen des politischen Systems und seiner Subsysteme zu achten. Hier kann auf die frühe Forderung nach einer ›Rekontextualisierung‹ politischer Kommunikationsforschung verwiesen werden (vgl. SARCINELLI 2004).

Der aufmerksame Blick auf die jeweiligen Bedingungen, Funktionsmechanismen und Pfadabhängigkeiten politisch-administrativer Binnenstrukturen und auch die Berücksichtigung spezifischer Handlungsbedingungen in den Politikfeldern kann zu einer insgesamt angemesseneren Einschätzung beitragen. Er kann zugleich dafür sensibilisieren, welche Bedeutung der in der politischen Kommunikationsforschung unterbelichteten Binnenkommunikation in den Bereichen der Politikherstellung zukommt. Dabei soll nicht verkannt werden, dass auch das vertraulich Ver- oder Ausgehandelte der öffentlichen Prüfung, Begründung und Ratifikation bedarf (vgl. VAN DEN DAELE/NEIDHARDT 1996: 45) und der Erfolg im demokratischen System letztlich nicht in den politisch-institutionellen ›Arenen‹, sondern auf der ›Galerie‹ (vgl. GERHARDS/NEIDHARDT 1993), also vom Publikum der Bürgerinnen und Bürger in freier Meinungsbildung entschieden wird (vgl. SARCINELLI 2005: 76).

Bei allem Verständnis für die unvermeidliche, zunehmend funktionale Ausdifferenzierung von Disziplinen und Teildisziplinen dürfte schließlich die geforderte Perspektivenerweiterung für die Anschlussfä-

higkeit der politischen Kommunikationsforschung an Kernbereiche der Politikwissenschaft von Bedeutung sein. Gelingt dies nicht, droht die politische Kommunikationsforschung zum politikwissenschaftlichen Appendix und zur rein kommunikationswissenschaftlichen Domäne zu werden, eine Entwicklung, die wissenschaftssystematisch ebenso wenig wie wissenschaftspolitisch zu wünschen ist.

2. Zum Inhalt des Bandes

Vor dem Hintergrund der hier kritisierten ›Einäugigkeit‹, mit der sich die politische Kommunikationsforschung bisweilen in den vergangenen Jahren der kommunikativen Durchdringung politischen Handelns zugewendet hat, widmete sich die gemeinsame Jahrestagung des oben genannten DVPW-Arbeitskreises und der DGPuK-Fachgruppe im Februar 2007 kommunikationsrelevanten Fragen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb und zwischen politischen Organisationen und Akteuren.[1] Das besondere Interesse sollte dabei nicht nur der Binnenkommunikation politischer Akteure, sondern vor allem dem Zusammenspiel von bzw. dem Spannungsverhältnis zwischen politischen und medialen Logiken in den Sphären der Politikherstellung und Politikdarstellung gelten. Diskutiert werden sollten sowohl theoretische Überlegungen als auch empirische Befunde zum Zusammenhang von politischer Kommunikation, politischer Organisation und politischem Entscheiden auf der Makro-, Meso- und Mikroebene.

Tatsächlich reflektieren die zumeist empirisch ausgerichteten Tagungsbeiträge in hohem Maße nicht nur die skizzierte Fokussierung der politischen Kommunikationsforschung auf die Sphäre der Außenkommunikation, sondern verweisen auch darauf, dass die (analytischen) Grenzen von Politikherstellung und Politikdarstellung zusehends zu verschwimmen scheinen. Diese Sichtweise findet in der vorliegenden Publikation vor allem im dritten Teil ihren Niederschlag. Dabei dokumentiert der Band eine Auswahl der zur Publikation überarbeiteten

1 Unterstützt wurde die Tagung von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation in Rheinland-Pfalz und von der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für politische Bildung. Ihnen gilt unser ausdrücklicher Dank. Ebenso danken möchten wir allen Autorinnen und Autoren für die zuverlässige und verständige Kooperation sowie Britta Knoche und Carolin Jansen für ihre Unterstützung bei der Formatierung dieses Bandes.

Tagungsbeiträge. Zur thematischen Abrundung wurden darüber hinaus weitere Beiträge aufgenommen, welche sich zuvorderst der bislang wenig beachteten und durchleuchteten politischen Kommunikation in den Arenen der Politikherstellung (Teil 1) sowie dem Spannungsverhältnis von Binnen- und Außenkommunikation politischer Akteure (Teil 2) widmen. In Gänze unterstreichen die hier zusammengestellten Beiträge nur die Notwendigkeit einer Perspektivenerweiterung der politischen Kommunikationsforschung. Zugleich bieten sie vielfältige Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsbemühungen.

2.1 *Politische Kommunikation und Politikherstellung*

Den Auftakt macht KARL-RUDOLF KORTE mit einem Beitrag zur Kommunikation und Entscheidungsfindung von Regierungen. Er exemplifiziert die Problematik mit Blick auf spezifische Anforderungen an Reformkommunikation. Gerade in der Politik fallen Entscheidungen erst nach einem mehrstufigen Prozess der Informationsverarbeitung, Beratung und Kommunikation. Gefragt sei deshalb ein kompetentes Politikmanagement, bei dem es nicht nur gelte, Sach- und Machtfragen miteinander zu verbinden. Wichtig sei auch, in den unterschiedlichen Arenen mit ihren jeweiligen Handlungslogiken erfolgreich zu sein und das Steuerungstrilemma, das sich aus den für das deutsche politische System typischen Handlungskontexten von Parteiendemokratie, Mediendemokratie und Verhandlungsdemokratie ergebe, zu überwinden. Der Beitrag konzentriert sich schließlich auf zehn für das Gelingen von Reformpolitik relevante Variablen, welche weiteren empirischen Tests zugeführt werden sollten. Auf diese Weise könnten Aussagen darüber getroffen werden, welche Relevanz die unterschiedlichen Faktoren unter bestimmten politischen Bedingungen und situativen Kontexten haben könnten.

Der sich anschließende Beitrag von STEFAN MARSCHALL wendet den Blick weg von Regierungen und hin zu den Parlamenten. Diese sind nicht nur Knotenpunkte im Netzwerk politischer Kommunikation. Vielmehr stellen sie auch einen institutionellen Kontext dar, bei dem wie bei keinem anderen Politikherstellung und Politikdarstellung demokratietheoretisch und politisch-praktisch aufs engste miteinander verwoben sind. Präsentation mit dem Ziel der Herstellung von Transparenz und Öffentlichkeit einerseits und Repräsentation mit dem Ziel der gemeinwohlver-

antwortlichen Entscheidung sind dabei die zwei Seiten einer Medaille. Der Beitrag macht deutlich, in welch hohem Maße auch der Politikherstellungsprozess im hochgradig arbeitsteiligen System eines Parlaments von kommunikativen Kompetenzen bestimmt ist, die nicht allein wie im Falle der Plenardebatte auf Medienresonanz zielen, sondern auf Überzeugungskraft und Durchsetzungsfähigkeit in einem komplexen System von Binnenkommunikation. Hier verweist Marschall auf lohnende Betätigungsfelder für die politische Kommunikationsforschung. Das betrifft beispielsweise die Empfehlung, policy- und phasenspezifische Kommunikationsbedingungen zu untersuchen, akteurs- und rollenspezifische parlamentarische Kommunikationsstrategien und -muster oder auch die Unterschiede etwa zwischen Arbeitskommunikation, Darstellungskommunikation und Durchsetzungskommunikation empirisch zu erforschen. Dazu gehöre schließlich die bisher völlig vernachlässigte Auseinandersetzung mit dem im demokratischen Verfahren unvermeidlichen Kommunikationsphänomen der Nichtöffentlichkeit.

Anregungen zu einer Art *linguistic turn* in der politischen Kommunikationsforschung gibt schließlich MATTHIAS ECKER-EHRHARDT in seinem Beitrag über die Rolle von NGOs und internationalen Organisationen im parlamentarischen Diskurs. Es geht dabei um den Einfluss und die Anerkennung der genannten Organisationen als symbolische Autoritäten politischer und gesellschaftlicher Diskurse. Autorität wird hier als akteursbezogene Deutungsmacht (›soft power‹) im Gegensatz zu materieller Macht (›hard power‹) begriffen. Am Beispiel der Darfur-Debatte im US-amerikanischen Repräsentantenhaus und im britischen Unterhaus identifiziert Ecker-Ehrhardt unterschiedliche ›world authority structures‹. In der vergleichenden Analyse kommunikativer Verweispraktiken auf Autoritäten sieht der Verfasser nicht nur eine Verschränkung parlamentarischer Diskurse in unterschiedlichen Systemen, sondern auch ein bedeutsames Forschungsfeld, das Rückschlüsse auf den Stellenwert bestimmter Akteure für politische Kommunikationsprozesse erlaubt.

2.2 *Binnen- und Außenkommunikation politischer Akteure*

Den Auftakt des zweiten Teils des Bandes bildet der Beitrag von PATRICK DONGES und MARTINA VOGEL, welche sich mit medialisierungsbedingten Veränderungen innerhalb von Parteiorganisationen beschäftigen. Aus-

gehend von der Annahme, dass Parteien dem gemeinhin unterstellten Bedeutungsgewinn der Massenmedien in der Außenkommunikation in Form einer Zentralisierung ihrer Kommunikationsstrukturen begegnen würden, macht sich der Beitrag auf die Suche nach empirischen Belegen. Diese liefert eine vergleichende Untersuchung der Volksparteien Deutschlands, der Schweiz, Österreichs und Großbritanniens. Deutlich treten dabei nicht nur länderspezifische Veränderungen zu Tage, sondern auch eine parteienspezifisch variierende Bereitschaft und Fähigkeit zur ›medienpassgenauen‹ Umgestaltung von Kommunikationsstrukturen. Diese scheint insbesondere in den deutschsprachigen Ländern vergleichsweise gering ausgeprägt zu sein, wo die strukturelle Anpassung an die Medienlogik bislang nur vereinzelte Spuren hinterlassen hat. Ansätze der Zentralisierung werden vor allem durch den Charakter der Parteien als ›lose verkoppelte Organisationen‹ begrenzt, welche der Bündelung einer Top-down-Kommunikation durch die Parteispitzen immanent widerspreche.

Auch der sich anschließende Beitrag von KATHRIN VOSS bedient sich der vergleichenden Methode, nimmt jedoch den in der politischen Kommunikationsforschung bisweilen vernachlässigten Akteurstypus der Nichtregierungsorganisation genauer in den Blick. Am Beispiel von Umwelt- und Naturschutzorganisationen in den USA und Deutschland werden die strukturellen Voraussetzungen und die binnenkommunikativen Entscheidungsprozesse der politischen Öffentlichkeitsarbeit illustriert. Deutlich treten dabei die Gemeinsamkeiten, aber vor allem die Unterschiedlichkeiten in der Verankerung und Durchführung PR-relevanter Aktivitäten zum Vorschein. Diese lassen sich zum einen organisationskulturell erklären, zum anderen und hauptsächlich scheinen sie jedoch von den handelnden Akteuren, d.h. der Professionalität, der kommunikativen Durchsetzungsfähigkeit und den Einstellungen der Organisationsspitze abzuhängen. Vor diesem Hintergrund plädiert der Beitrag dafür, bei zukünftigen Analysen der Binnen- und Außenkommunikation politischer Organisationen viel stärker dem Faktor ›Mensch‹ Beachtung zu schenken.

Während sich die vorgenannten Beiträge mit politischen Kommunikationsakteuren im jeweils nationalen Rahmen auseinandersetzen, steht im folgenden Beitrag von CHRISTINA ALTIDES die Kommunikationspolitik zweier supranationaler, europäischer Akteure im Fokus der Betrachtung: die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Beide Akteure sind in den vergangenen Jahren zusehends in die

Kritik geraten, den voranschreitenden europäischen Integrationsprozess nur mangelhaft kommunikativ begleitet zu haben. Wie sie den entsprechenden Forderungen nach deutlicherer medialer Präsenz, politischer Transparenz und größerer Bürgernähe gerecht zu werden versuchen und inwieweit sie dabei als Akteure in ihren kommunikativen Möglichkeiten institutionell jeweils begrenzt sind, wird auf Basis einer Analyse der EU-Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen, einer exemplarischen Inhaltsanalyse von Pressematerialien sowie von Leitfadengesprächen mit EU-Funktionären beleuchtet. Dabei treten nicht nur die institutionell bedingten, unterschiedlichen Möglichkeiten einer ›adäquaten‹ Binnen- und Außenkommunikation offen zu Tage, sondern auch die kommunikativen Reibungsflächen. Diese gibt es sowohl zwischen den beiden Kollektivakteuren als auch innerhalb der jeweiligen Organisationen. Insbesondere die interne Heterogenität der jeweiligen Institutionen, unterschiedliche Kommunikationsvorstellungen der involvierten Akteure sowie interne Machtkämpfe scheinen dabei einer verbesserten Kommunikationspolitik der EU im Wege zu stehen.

2.3 *Politikdarstellung: Akteure, Inhalte, Wirkungen*

Mit einer möglichen ›(Nicht-)Kommunizierbarkeit von mehr Eigenverantwortung‹ beschäftigen sich NATASCHA ZOWISLO-GRÜNEWALD, FRANZ BEITZINGER und JÜRGEN SCHULZ. Ihr Beitrag bildet den Auftakt zum dritten Teils des Bandes, der sich der massenmedialen Seite der Politikdarstellung zuwendet. Die Autoren verweisen auf aktuelle und ältere demoskopische Befunde und skizzieren ein ebenso ambivalentes wie fragiles Meinungsbild, wenn es um die Frage geht, ob Wohlstandssicherung primär eine Aufgabe des Einzelnen ist oder eine Aufgabe des Staates. Trotz langfristig kontinuierlicher Zunahme in der Wertschätzung des Eigenverantwortungsprinzips und eines Rückgangs der Erwartungen an den Staat zeige sich, dass die Präferenzen für mehr Eigenverantwortung und mehr Vertrauen in den Markt leicht erschütterbar sind. Unter Rückgriff auf die Ökonomische Theorie der Demokratie zeigt der Beitrag auf, warum sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch politische Akteure in einem auf kurzfristige demoskopische Stimmungsbilder fixierten Deutungsmuster gefangen sind, das die Kommunikation und Umsetzung von mehr Eigenverantwortung verhindert und aus den Umfrageergeb-

nissen den immer gleichen Schluss zieht, die Deutschen wollten einen starken fürsorgenden Staat. Dies aber sei aus den Daten nicht zwingend ableitbar. Da es hier um ein grundsätzlich zu lösendes Informationsproblem gehe, zeigen sich die Autoren skeptisch hinsichtlich der Chancen einer kommunikativen Umsteuerung und einer Überwindung des Dilemmas eines Entweder-Oder.

Im Anschluss daran widmet sich OLAF JANDURA den Aktivitäten von Kleinparteien auf den parlamentarischen Bühnen politischen Handelns einerseits und deren Resonanz in der massenmedialen Berichterstattung andererseits. Ausgangspunkt der Untersuchung stellt das demokratietheoretische Ideal angemessener Chancen für alle Parteien dar, nicht nur im Parlament zu Wort zu kommen, mithin Einfluss auf die Herstellung politischer Entscheidungen nehmen zu können, sondern auch in der Öffentlichkeit, der Arena der Politikdarstellung, Gehör zu finden. Inwieweit diese Vorstellung der politischen Chancengleichheit ihren Niederschlag in der Praxis politischer Kommunikation findet, wird anhand einer Strukturvergleichsanalyse und einer Input-Output-Analyse erörtert. Dabei wird deutlich, dass den Kleinparteien rein quantitativ betrachtet adäquate Resonanzräume in der Medienberichterstattung zur Verfügung stehen. Allerdings lässt sich diese Feststellung nicht auf die Berichterstattung über sachpolitische Inhalte übertragen. Hier haben es FDP und Bündnis 90/Die Grünen deutlich schwerer als SPD und Unionsparteien, mit ihren Sachthemen durchzudringen. Zumeist werden die Kleinparteien in der Medienberichterstattung auf einige wenige, vermeintlich parteitypische Themen reduziert, während es den Volksparteien ermöglicht wird, ein breiteres Themenspektrum abzudecken. Aus dieser Diskrepanz zwischen parlamentarischer und medialer Realität ergebe sich ein erheblicher Wettbewerbsnachteil für die Kleinparteien, denen so die Besetzung zukünftiger Herrschaftspositionen erschwert würde.

In dem sich anschließenden Beitrag von HANS MATHIAS KEPPLINGER und DOROTHEA MARX werden schließlich die mitunter als Endpunkt begriffenen Wirkungen politischer Kommunikation auf die Rezipienten als deren Ausgangspunkt in den Blick genommen. Dabei geht es um die Untersuchung reziproker Effekte auf einen bestimmten Rezipientenkreis, nämlich die politischen Entscheidungsträger, also um die direkten Einflüsse der Medien auf die Protagonisten der Medienberichterstattung. Basis der Untersuchung ist eine im Herbst 2007 durchgeführte repräsentative Befragung deutscher Landtagsabgeordneter, welche zu

ihren Informationsnetzwerken, ihrer Mediennutzung und -bewertung sowie zur Einschätzung von Medienwirkungen befragt wurden. Deutlich wird dabei, wie intensiv Politikerinnen und Politiker die Medienberichterstattung insbesondere dann verfolgen, wenn Kritik an ihrer eigenen Partei geäußert wird. Negativität erhöht die Aufmerksamkeit der Protagonisten und steigert zugleich die Möglichkeiten massenmedialer Rückwirkungen, wobei diese – ganz im Sinne des *third-person-effects* – von den Abgeordneten eher bei anderen als bei sich selbst gesehen werden. Angesichts dieser Befunde stellt sich die Frage, inwieweit die Wahrnehmung negativer Berichterstattung und entsprechend unterstellte Wirkungen schließlich auch Auswirkungen in Bezug auf personal- und sachpolitische Entscheidungen haben. Die Sphäre der Politikdarstellung würde insofern unmittelbar auf Handlungen in den Arenen der Politikherstellung rückwirken. Weiterer Forschungsbedarf ist hier angezeigt.

Literatur

ARENDT, H.: *Was ist Politik?* Aus dem Nachlaß herausgegeben von Ursula Ludz. München [Piper] 1993

DAELE, VAN DEN W.; F. NEIDHARDT: Regierung durch Diskussion. Über Versuche, mit Argumenten Politik zu machen. In: DAELE, VAN DEN W.; F. NEIDHARDT (Hrsg.): *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren.* WZB-Jahrbuch 1996. Berlin [Edition Sigma] 1996, S. 9-50

FRANCK, G.: *Ökonomie der Aufmerksamkeit.* München/Wien [Hanser] 1998

GERHARDS, J.; F. NEIDHARDT: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: LANGENBUCHER, W. (Hrsg.): *Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen und Prozesse.* Wien [Braumüller] 1993, S. 52-89

GRIMM, D.: *Die Zukunft der Verfassung.* Frankfurt/M. [Suhrkamp] 1991

GUGGENBERGER, B.; C. OFFE (Hrsg.): *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel.* Opladen [Westdeutscher Verlag] 1984

JARREN, O.; P. DONGES: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung.* (2., überarbeitete Auflage) Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften] 2006

KAASE, M.: Massenkommunikation und politischer Prozeß. In: KAASE, M. (Hrsg.): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann*. Opladen [Westdeutscher Verlag] 1986, S. 357-374

LOCKE, J.: *Zwei Abhandlungen über die Regierung.* Herausgegeben und eingeleitet von Walter Euchner. (7. Auflage.) Frankfurt/M. [Suhrkamp] 1998

PFETSCH, B.; S. ADAM (Hrsg.): *Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften] 2008

SARCINELLI, U.: Zur Unterschätzung der Eigenlogik des Politischen. Plädoyer für eine Rekontextualisierung der politischen Kommunikationsforschung. In: IMHOF, K.; R. BLUM; H. BONFADELLI (Hrsg.): *Mediengesellschaft. Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken.* Wiesbaden [Westdeutscher Verlag] 2004, S. 400-409

SARCINELLI, U.: *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften] 2005